

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Walter, Franz
Vorwärts oder abwärts?

Zur Transformation der Sozialdemokratie

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 2622
978-3-518-12622-6

edition suhrkamp 2622

Jospin, Blair, Schröder: 1998 sah es so aus, als stünde die europäische Sozialdemokratie vor einem goldenen Zeitalter. Elf Jahre später hat die SPD 10 192 426 Millionen Stimmen verloren und sechs Parteivorsitzende verschlissen, die niederländische Partij van de Arbeid fuhr 2002 das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte ein, die schwedischen Sozialdemokraten 2006, die österreichischen 2008. Der »Dritte Weg« erwies sich als Weg ins Abseits, längst ist vom Ende einer Volkspartei die Rede. Es sieht so aus, als hätten die Sozialdemokraten keine überzeugende Antwort auf den radikalen Wandel der Arbeitswelt, auf Individualisierung und Globalisierung. Franz Walter, einer der profiliertesten deutschen Parteienforscher und ausgewiesener SPD-Experte, untersucht die Ursachen für den Niedergang der SPD, der, so Walter, schon 1973 begann. Er wirft einen Blick über die Grenzen Deutschlands und fragt, was Freiheit, Gleichheit und Solidarität in unserer Zeit bedeuten.

Franz Walter, geboren 1956, lehrt Politische Wissenschaften an der Universität Göttingen. Er kommentiert regelmäßig das politische Geschehen (u. a. in der *Zeit* und auf *Spiegel online*). In der edition suhrkamp erschienen zuletzt *Baustelle Deutschland* (es 2555) und *Charismatiker und Effizienzen. Porträts aus 60 Jahren Bundesrepublik* (es 2577).

Franz Walter
Vorwärts oder abwärts?

Zur Transformation der Sozialdemokratie

Suhrkamp

edition suhrkamp 2622
Erste Auflage 2010
© Suhrkamp Verlag Berlin 2010
Originalausgabe

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: TypoForum GmbH, Seelbach
Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim
Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Printed in Germany
ISBN 978-3-518-12622-6

I 2 3 4 5 6 – 15 14 13 12 11 10

Inhalt

1. Die Zäsur

Das Jahr 1973

7

2. Die Spaltung

Die einen steigen auf, die andern bleiben zurück

18

3. Der Projektverlust

Die Entzauberung des Keynesianismus

31

4. Die Sackgasse

Der »Dritte Weg«

43

5. Beunruhigende Zustände

Die linke Mitte in Europa

58

6. Defekte Partei

Das Erbe von Schröder und Müntefering

87

7. Fragile Perspektiven

Verlorenes Vertrauen und erschöpfte Solidarität

118

Danksagung

141

1. Die Zäsur *Das Jahr 1973*

1973 begann die Welt der alten Sozialdemokratie unterzugehen. Das geschah nicht abrupt, vollzog sich nicht jäh, sondern entwickelte sich schleichend, allmählich – immer auch von Episoden scheinbarer Erholung unterbrochen.

Das Jahr 1973 jedenfalls markierte in vielerlei Hinsicht den Anfang vom Ende des klassischen, des proletarischen Sozialismus. Gewiss, als Sozialwissenschaftler hat man mit einigen guten Gründen skeptisch zu sein, wenn der zeitliche Ausgangspunkt längerer Entwicklungsprozesse auf ein einziges Jahr datiert werden soll.¹ Und natürlich begannen einige der gesellschaftlichen oder ökonomischen Trends, welche die Grundlagen für die Sozialdemokratie unterspülten, in Teilen bereits zuvor, in anderen Teilen wohl erst ein wenig später.

Und doch: 1973 bedeutete eine Zäsur, war ein wirklich tiefer Einschnitt.² 1973 ging vieles zu Ende, kulturell, gesellschaftlich und – vor allem – ökonomisch. 1973 versiegte der Nachkriegsboom mit seinen historisch einzigartigen wirtschaftlichen Wachstumsraten. Das glückliche Vierteljahrhundert, das die zuvor durch Kriege und Krisen gebeutelten Deutschen seit der Währungsreform 1948 erlebt hatten, ging vorbei. Dabei waren es zunächst keine sozialdemokratischen, sondern stark christdemokratisch geprägte 25 Jahre gewesen. Aber ein Signum dieses Abschnitts verbanden die Sozialdemokraten später gern mit sich selbst: den epochalen Ausbau des Sozialstaats.³ In diesen zweieinhalb bun-

1 Vgl. Jarausch, Konrad H. 2008, »Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart«, in: ders. (Hg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 9–26, hier S. 11; auch Süß, Winfried 2008, »Der Keynesianische Traum und sein langes Ende. Sozioökonomischer Wandel und Sozialpolitik in den siebziger Jahren«, in: Jarausch, *Das Ende der Zuversicht?*, S. 116–132, hier S. 123.

2 Vgl. Rödder, Andreas 2004, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*, München: Oldenbourg, S. 48 ff.

3 Vgl. Hockerts, Hans Günter 2007, »Vom Problemlöser zum Problemerzeuger? Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 47, S. 3–29.

des deutschen Jahrzehnten konnte gelingen, was in der Weimarer Republik noch scheitern musste – die Harmonisierung der Rentabilitätsinteressen des Besitzbürgertums mit den Verteilungsansprüchen der Arbeitnehmer dank üppiger Wachstumserfolge der Industrie.¹ Man saß in einem Boot, wie es damals besonders Christdemokraten gerne und ganz im Sinne ihrer Sozialphilosophie verkündeten. Aber die Sozialdemokraten übernahmen zeitverzögert diese Maxime, stellten sich gewissermaßen stillschweigend auf das christdemokratische Fundament. Als sie dann 1966 selbst, noch als Juniorpartner, an die Zentralregierung kamen, setzten sie zusätzliche wohlfahrtsstaatliche Sahnehäubchen auf das christdemokratische Konsensmodell. Sie dehnten die Sozialpolitik weiter aus, begriffen diese fortan stärker als Gesellschaftspolitik, als rational einsetzbares Instrument zur gesteuerten Vermehrung von Bildungschancen und zur Schaffung neuer Einkommensverhältnisse.² In diesen Kontext geplanter Gesellschaftspolitik siedelte man auch den Wohnungsbau, das Gesundheitswesen, die Sozialarbeit, den öffentlichen Sektor schlechthin an. Einiges davon war bereits im christdemokratischen Modell angelegt und von christdemokratischen Kanzlern längst begonnen worden. Aber Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik, das war schon der eigentliche Ehrgeiz der Sozialdemokraten. Wie die Christdemokraten bauten indes auch sie ganz auf eine sich Jahr für Jahr ausweitende Ökonomie, auf rauchende Schlote, florierende Geschäfte der nationalen Unternehmen. Von 1967 bis 1973 fanden sie solche Bedingungen als Regierungspartei vor. Das waren die sechs großen, glänzenden, besten Jahre der reformistischen Sozialdemokratie in der Geschichte der deutschen Industriegesellschaft. Gewissermaßen als Abschlussdokument sozial-

1 Vgl. Boyer, Christoph 2008, »Zwischen Pfadabhängigkeit und Zäsur. Ost- und westeuropäische Sozialstaaten seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts«, in: Jarausch, *Das Ende der Zuversicht?*, S. 103–119, hier S. 104.

2 Vgl. Doering-Manteuffel, Anselm 2007, »Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 55/H. 4, S. 559–581, hier S. 567 ff.; Metzler, Gabriele 2004, »Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?«, in: Jarausch, *Das Ende der Zuversicht?*, S. 243–260, hier S. 248.

demokratischer Dominanz kann man die Regierungserklärung des zwei Monate zuvor triumphal wiedergewählten Bundeskanzlers Willy Brandt vom Januar 1973 lesen: eine Bilanz sozialdemokratischen Stolzes auf Vollbeschäftigung, Einkommenssteigerung und soziale Sicherheit.¹

Zehn Monate später war alles anders. Der Herbst 1973 veränderte die Republik. Und er läutete die lange Depression der deutschen Sozialdemokratie ein. Auch ihr großer Held der vorherigen Jahre, Willy Brandt, ging nicht unbeschädigt aus jenem Herbst hervor. Die Zustimmungswerte für seine Partei fielen damals um zehn Prozentpunkte; er selbst verlor rasant an Rückhalt. Man traute ihm politische Führungskraft in der Krise nicht mehr zu.

Krise aber herrschte in jenem Herbst 1973. Über die Deutschen, die sich im vorangegangenen Vierteljahrhundert an kontinuierliche Wohlstandsmehrung gewöhnt hatten, brach sie indes überraschend herein. Der Terminus »Schock« wurde zwischen München und Kiel zu einer favorisierten Vokabel für den Ausdruck des herrschenden Lebensgefühls. Der Ursprung dieses »Schocks« lag in der jähen Erhöhung des Ölpreises. Und zum Symbol der neuen Schockerfahrungen wurden die vier autofreien Sonntage zwischen dem 25. November und 16. Dezember 1973, für die ein generelles Fahrverbot angeordnet worden war.² Tristesse und Verunsicherung lagen über der Republik. Ein nicht geringer Teil der Bevölkerung begann, wieder Hamsterkäufe zu tätigen. Fußballspiele unter Flutlicht waren vom DFB untersagt worden. Der Boulevard machte Auflage mit unheilswangeren Titeln wie »Gehen in Europa die Lichter aus?«. Die sozialdemokratisch genährte Erwartung, Wohlstand, Sicherheit und Modernität systematisch und planvoll auf die Gleise in Richtung reibungslos administrierter Zukunft setzen zu können, wirkte auf einmal fragil.

¹ Vgl. Jarausch, »Verkannter Strukturwandel«, S. 9.

² Vgl. Hohensee, Jens 1998, »Der Stillstand, der ein Fortschritt war«, in: *Die Zeit* (19. November 1998); ders. 1996, *Der erste Ölpreisschock 1973/74: Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart: Steiner, S. 143 ff.

Aber die Erwartung blieb. Sie hielt sich lange – und das keineswegs nur bei den Anhängern der SPD. Am Ende des glücklichen Vierteljahrhunderts der bundesdeutschen Konstituierungsgeschichte hatten sich ein, zwei ganze Generationen daran gewöhnt, wirtschaftliches Dauerwachstum für selbstverständlich zu halten, Vollbeschäftigung als Regel anzusehen, die stete Erweiterung des staatlichen Leistungsangebotes zum guten Bürgerrecht aufzuwerten.¹ In die sozialdemokratischen Regierungsjahre 1968–1973 fiel die bis dahin längste konjunkturelle Aufschwungphase in der bundesdeutschen Geschichte²; und in dieser Zeit bündelten sich Wohlstandshoffnungen, soziales Sicherheitsverlangen, Konsumentenhybris und Aufstiegsaspirationen zu einer sehr spezifischen und gefestigten Mentalität, die den Einschnitt von 1973 weit überdauerte, die als gesellschaftliche Norm und Haltung der Politik gegenüber fortlebte, während die ökonomischen Grundlagen dafür längst tiefe Risse bekamen.³ Ein wenig profitierten die Sozialdemokraten gar davon, dass gesellschaftlich konsolidierte Mentalitäten länger währen als die Voraussetzungen, welche ihre Entstehung ermöglichen. Ein scharfer neoliberaler Wind konnte so durch die sozialstaatlich abge kitteten Fugen der bundesdeutschen Gesellschaft auch in den späteren Zeiten bürgerlicher Regierungen nicht wehen. Für einen marktzentrierten Individualismus musste erst eine neue Generation mit neuen Erfahrungen jenseits der zuvor entfalteten universalen Wohlfahrtsimperative heranwachsen. Die Dominanz der wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen auch nach der Zäsur von 1973 hielt die SPD bei Wahlen und Koalitionsbildungen so noch lange im Rennen. Aber in dieser sozialpolitischen Dauererwar-

1 Vgl. auch Hobsbawm, Eric 1995, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Wien/München: Hanser, S. 518.

2 Vgl. Nützenadel, Alexander 2005, *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 345.

3 Vgl. Schanetzky, Tim 2007, *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982*, Berlin: Akademie-Verlag, S. 268; Doering-Manteuffel, Anselm 2007, »Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 55/H. 4, S. 559–581, hier S. 567 ff.

tung nisteten auch alle Keime der Verdrossenheit, der Wut und Enttäuschung über die Sozialdemokratie, die zunehmend weniger das einlösen konnte, was sie vor 1973 als Anspruch selbst Zug um Zug aufgebaut und zu einer stabilen gesellschaftlichen Mentalität festgezurrt hatte.

Seit dem Herbst 1973 kollidierten die kollektive Erfahrung des letzten Vierteljahrhunderts und die daraus gespeiste und von der (sozialdemokratischen) Politik noch verstärkte Zukunftsprojektion mit den neuen ökonomischen und sozialen Entwicklungsschüben, die sich fortan vollzogen. Das Wachstum verschwand zwar auch in den folgenden Jahren nicht aus den modernen kapitalistischen Wirtschaften, aber es schwächte sich deutlich ab, verlief erratischer, verlor an Stabilität und Tempo. Die Massenarbeitslosigkeit, die man weithin bereits durch das Regierungsmanagement antizyklischer Eingriffe für überwunden hielt, kehrte zurück und gewann, stärker als zuvor in der deutschen Industriegeschichte, an Dauer. Selbst in Phasen des Aufschwungs reduzierten sich die Arbeitslosenzahlen kaum noch. 1973, zum Ende des glücklichen Vierteljahrhunderts, lag die Zahl der Erwerbslosen noch bei 0,27 Millionen, als die sozialliberale Koalition 1982 zerbrach, war die Zwei-Millionen-Grenze bei den Arbeitssuchenden bereits erreicht. Am stärksten vom Arbeitsplatzabbau betroffen waren die klassischen Industriesektoren und herkömmlichen Domänen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung: der Montanbereich, die Stahlproduktion, der Schiffsbau und die Textilindustrie. Die sozialdemokratisch geführten Regierungen hielten lange an den früheren Lokomotiven des deutschen Industriekapitalismus fest, sparten nicht an Subventionen – und konnten den Strukturwandel dennoch nicht aufhalten. Aber er kam durch den staatlichen Interventionismus teuer.

Natürlich absorbierte auch die neue Arbeitslosigkeit, mit der die sozialdemokratischen Gesellschaftsplaner aus der Spätphase des glücklichen Jahrzehnts niemals gerechnet hatten, beträchtliche Mittel aus den Sozialetats. Zwischen 1973 und 1983 verachtachte sich die Summe der Zahlungen an Erwerbslose in Deutschland.

Die Verschuldung des Staates stieg in dieser Dekade sprunghaft an; der Spielraum für Sozialpolitik als präventive Gesellschaftspolitik engte sich im gleichen Maße ein. Das entzog dem sozialdemokratisch-reformistischen Politikmodell der späten sechziger und frühen siebziger Jahre die Basis. Und im Transformationsprozess der alten Industriegesellschaft zu neuen Technologien und Dienstleistungen kehrten sich die Schwerpunkte ökonomischer Prosperität um. Aus dem früheren bundesdeutschen Nord-Süd-Gefälle wurde nach 1973 mehr und mehr eine Süd-Nord-Differenz, bei der die Brachen der industriellen Vergangenheit überwiegend nördlich der Main-Linie lagen. Aus den Zentren des ökonomischen Fortschritts, die zugleich über ein Jahrhundert lang sozialdemokratische Heimaten gebildet hatten, wurden Stätten der sozialen Nachhut, Orte der Zurückgebliebenen und Entbehrlichen. Die neuen Gewinnerregionen dagegen, Baden-Württemberg und Bayern, waren traditionell Diasporagebiete für Sozialdemokraten, Gewerkschaften und linke Arbeiterorganisation schlechthin.

1973 war auch das Jahr, in dem der tertiäre Sektor den sekundären erstmals an Bedeutung übertraf. Etliche Traditionsfirmen aus der über einhundertjährigen Industriegeschichte Deutschlands verschwanden von der Bildfläche.¹ Ganze Arbeitergruppen, die lange das Bild der Straßen und Wohnquartiere in den urbanen Zentren des Landes geprägt hatten, lösten sich in diesem Prozess auf. Ihre Arbeitskraft, oft schlecht oder gar nicht qualifiziert, wurde nicht mehr gebraucht. Alternativen gab es für die meisten auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls nicht mehr. Und so rutschten sie ab in die soziale Gruppe, die später die Kategorisierung bzw. Stigmatisierung »neue Unterschicht« erhielt. Die alte, berufsstolze, disziplinierte, selbstbewusste, zukunftsoptimistische, kulturell ambitionierte Arbeiterklasse verließ die Bühne. Der »Maloher« mit starken Muskeln und hohem Klassenbewusstsein, mit gewerkschaftlichem Engagement und gut geschulter sozialisti-

1 Vgl. Doering-Manteuffel, Anselm 2008, »Langfristige Ursprünge und dauerhafte Auswirkungen. Zur historischen Einordnung der siebziger Jahre«, in: Jarausch, *Das Ende der Zuversicht?*, S. 313–329, hier S. 318 ff.

scher Gesinnung trat ab.¹ Was früher ein linkes Arbeitermilieu geformt hatte, engmaschig organisiert und lebensweltlich wie normativ homogen, konnte nicht mehr bestehen. Das industrielle Fundament großbetrieblicher Zusammengehörigkeit und kollektivierender Wohnverhältnisse fehlte dafür.

Die Arbeiterklasse von ehemals spaltete sich auf: auf der einen Seite in die Verlierer, die zunehmend vereinzelt, resignierten und zur Apathie neigten. Sie blieben in ihrem angestammten Wohnviertel, das aber Jahr für Jahr mehr von einem wertgebundenen Arbeiter- zu einem verwahrlosten Arbeitslosenquartier herabsank. Auf der anderen Seite standen die Gewinner, welche die Aufstiegschancen im öffentlichen Dienst und in den neuen ökonomischen Sektoren ergriffen hatten. Sie waren die »Insider«, denen es nach 1973 besser ging als ihren zuvor sozial blockierten Eltern und Großeltern.² Und sie goutierten in den folgenden Jahren die Möglichkeiten einer nichtmilieugebundenen Individualität und Optionsvielfalt. Es hielt sie nicht länger in den Werksiedlungen ihrer Kindheit, die von ihnen bei aller Vertrautheit doch auch negativ mit Enge, Spießertum und sozialer Kontrolle assoziiert wurden. Diese aufsteigenden »Insider« ließen fortan die Ausgestoßenen des Deindustrialisierungsprozesses, die neuen »Outsider«, zurück. Die Klassenbasis des Handarbeitersozialismus zerbrach durch Aufstieg der einen, Abstieg der anderen.³ Die sozialdemokratische Aktivitas rekrutierte sich im Folgenden nahezu ausschließlich aus den Aufsteigern der »1973er«-Epoche. Eine Interessenidentität zwischen ihnen und den zurückgebliebenen »Outsidern« existierte nicht. Im Gegenteil, alle Formen der Alimentation für die Entbehrlichen der

1 Vgl. Saldern, Adelheid von 2004, »Rezension zu: Geoff Eley, *Forging Democracy. The history of the Left in Europe 1850-2000*«, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44, S. 695-699, hier S. 697.

2 Zur Unterscheidung von »Insider« und »Outsider« vgl. besonders Rueda, David 2006, »Spaltung der Sozialdemokratie in Insider und Outsider. Beschäftigungsförderung und Großbritanniens 'Third Way'«, in: *Berliner Debatte Initial* 17/ H. 1-2, S. 199-206, hier S. 199 ff.

3 Mit der folgenreichen Spaltung der sozialdemokratischen Basis beschäftigt sich ausführlich das zweite Kapitel.

postindustriellen Innovationsphase erhöhten die Abgaben und Steuern der neuen, durch sozialdemokratische Regierungspolitik mitproduzierten Arbeitnehmermitte der White-Collar-Berufe. Und je höher spezialisiert kleine Gruppen dieser neuen Mitte in elementaren Funktionsbereichen der mobilen Gesellschaft arbeiteten, desto stärker konnten sie Druck für genuine, durchaus kleinparzellierte Interessen entfalten. Auch das zeigte das Jahr 1973, als die Fluglotsen erstmals in einen längeren Bummelstreik traten.¹ Diese Gruppe brauchte nicht die millionenfache Kollektivität einer zentralisierten Gewerkschaftsorganisation, und auch die Lieder von der Solidarität gehörten nicht mehr zu ihrem Repertoire für die bessere Legitimation der eigenen Aktionen.

Zu einem »roten Jahrzehnt« also wurden die siebziger Jahre nicht, wenngleich einige Zeitgenossen sich später so erinnerten. Auch als sozialdemokratisches Jahrzehnt lassen sich die Jahre unter Helmut Schmidt, lässt sich die knappe Dekade nach 1973 schwerlich fassen. Die Sozialdemokratie, wie man sie bis dahin kannte, war vielmehr die große Verliererin des Epochenwechsels ab 1973. Von Eduard Bernstein über Friedrich Ebert und Rudolf Hilferding bis hin zu Karl Schiller oder Willy Brandt hatten bislang alle sozialdemokratischen Reformisten auf die grundsätzliche Verfügbarkeit von rationalen Steuerungsinstrumenten, wissenschaftlich fundierten Daten und Erkenntnissen zu den ökonomischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Erfordernissen vertraut, um den Entwicklungsprozess zu einer sozialen Republik Zug um Zug, jeweils auf der Höhe planerischer Modernität voranzutreiben. Doch es waren nur etwa sieben Jahre in der deutschen Geschichte, in denen diese sozialdemokratische Denkart den Geist der Zeit traf und verkörperte, Resonanz auch im Zentrum der Gesellschaft fand, gar die Klammer im sozialen Bündnis von Mitte und Unten bildete, zum Paradigma realer Regierungspolitik avancierte. Das waren ebendie Jahre 1966 bis 1973. Seither hat die sozialdemokratische Idee von der politisch-

1 Vgl. Rödder, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*, S. 53.

administrativischen Steuerung des ökonomischen und gesellschaftlichen Laufs ihre Zug- und Überzeugungskraft verloren. Schon wenige Jahre nach der innenpolitischen Ära Schiller/Ehmke/Brandt war für die meisten wohl kaum mehr begreifbar, welcher Zauber von der Semantik der sozialdemokratischen Planer ausgegangen war, von Begriffen wie »Globalsteuerung«, »konzertierte Aktion«, »Vorhabenerfassungssystem« und dergleichen Steuerungschiffren mehr. In den frühen siebziger Jahren signalisierten sie noch Aufklärung und Modernität. Am Ende des Jahrzehnts wirkten sie wie hybride Begriffsmonster einer anmaßenden Politiktechnokratie. Die Sozialdemokraten hatten den Glauben an ihre Semantik und Zielperspektive eingebüßt.¹ Der Flair systematischer Planung, die Aura des rational handelnden Staates hatte sich gänzlich verflüchtigt. Die Sprache der Sozialdemokraten flirrte nicht mehr, sie stieß ab. Der Staat erschien nicht als befreiende Instanz, sondern wieder als bedrückender und restriktiver Leviathan. Er galt nicht mehr als Problemlöser, sondern als Problemproduzent, zumindest als hoffnungslos überforderte Institution angesichts all der neuen Komplexitäten, die er durch nichtbeabsichtigte Folgen seiner Aktivitäten oft noch erhöhte. »Unregierbarkeit« hieß das Stichwort nach 1973, wo doch unmittelbar zuvor noch die Optimierung aller Regierungsaktionen in Aussicht gestellt worden war.

»Die Geschichte des 20. Jahrhunderts war seit 1973 die Geschichte einer Welt«, so formulierte es der britische Historiker Eric Hobsbawm, »die ihre Orientierung verloren hat.«² Das galt sicher allgemein, aber es traf doch ganz besonders auf die Sozialdemokraten zu. Sie waren anständige Menschen, die auch die soziale Demokratie mit Anstand anstrebten: im sozialpartnerschaftlichen Konsens, ohne soziale Verwerfungen, ohne Krisen erzeugen zu wollen, nach Ordnung und Gesetz und mit tüchtigen Verwaltungsbeamten im dienenden Staatswesen ihrer Na-

1 Vgl. auch Werding, Martin 2008, »Gab es eine neoliberale Wende? Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik ab Mitte der 1970er Jahre«, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 56/H. 2, S. 303–322, hier S. 303 ff.

2 Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme*, S. 503.

tion. Das alles wurde auch schon zuvor in der Geschichte oft genug skeptisch betrachtet, war in den frühen dreißiger Jahren im Grunde gar schon diskreditiert. Aber nach 1973 wurde dieses Normengerüst dann endgültig hinweggefeht. Die Märkte entgrenzten sich weiter, das Besitzbürgertum verteidigte aggressiv seine Interessen gegen wohlfahrtsstaatliche Interventionen, die ehrbare Handarbeiterklasse schrumpfte weiter dahin, der Staat musste Transferleistungen über steigende Verschuldung finanzieren, besaß bald kaum noch Mittel für soziale Gestaltungspolitik. Das glückliche Vierteljahrhundert war zu Ende. Das soziale Klima wurde rauer. Und die Sozialdemokraten wussten nicht mehr, was nun ihre Marschrichtung sein könnte. Die sozialdemokratischen Ziele und erst recht die Pfade dorthin waren nach 1973 von Grund auf infrage gestellt. Doch Antworten gab es fürs Erste darauf nicht.¹ Die Improvisation wurde folglich zum Politikstil sozialdemokratischer Bundeskanzler, von Helmut Schmidt bis Gerhard Schröder. Keiner von ihnen hatte noch einen Plan, ein fest umrissenes Projekt. Illusionsloser als viele in ihrer Partei, die auch noch 1973 die überlieferten Maximen skandierten, wussten sie, dass mit der unterkomplexen Sichtweise der alten Sozialdemokratie – Bürgertum versus Arbeiterklasse, Markt kontra Staat, Sozialgesetze statt Profite – ausdifferenzierte und in vielerlei Hinsicht nur fragil verkoppelte moderne Gesellschaften nicht mehr angemessen politisch geführt werden konnten. Aber über eine neue Idee, gar ein neues System stringenter sozialdemokratischer Politik verfügten sie auch nicht. Das – und nicht ihr Charakter, in dem sich die beiden sozialdemokratischen Kanzler sowieso erheblich unterschieden – machte sie zu Situationisten, die auf externe Vorgaben oft atemlos reagieren mussten, statt kohärent agieren zu können. Woher sollte Kohärenz denn auch kommen? Und war sie für die neue postindustrielle Gesellschaft nach 1973 überhaupt wünschenswert, Helmut Schmidt hätte wohl formuliert: machbar?

¹ Insgesamt dazu Süß, »Der Keynesianische Traum und sein langes Ende«, S. 124ff.; auch Abelshauser, Werner 2004, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München: Beck, S. 423.

Doch gerade die sozialdemokratische Kernaktivitas musste sich mit dem Verlust der Idee schwertun. Denn das war es ja, woraus sie ihr Selbst- und Sendungsbewusstsein gezogen hatte – dass sie fest zu wissen meinte, wer das Subjekt des Geschichtsprozesses war, wie der Königsweg aussah, der zum eindeutig identifizierten historischen Zielpunkt führte. Nämlich: die industrielle Arbeiterklasse, die über den Staat die Gesellschaft und Wirtschaft planvoll und sukzessive in den dann von Klassenprivilegien befreiten demokratischen Sozialismus führte. Arbeiterklasse – Planungsstaat – demokratischer Sozialismus: Das waren nach 1973 bald nur noch Artefakte oder Schimären. Doch die Sozialdemokraten leugneten das sich selbst gegenüber noch lange. Sie hielten stattdessen an Selbstbeschreibungen fest, die nicht mehr passten und stimmten. Daher haderten die Sozialdemokraten in den folgenden Jahrzehnten mit sich, weil sie in der Realität selbst nicht mehr so waren, wie sie sich in den Erzählungen gern noch darstellten. In der Zeit um 1973 nahm all das seinen Anfang.

2. Die Spaltung

*Die einen steigen auf,
die andern bleiben zurück*

Als folgenreich erwies sich die Aufspaltung der sozialdemokratischen Klassenbasis. Ganz neu war das Problem nicht. Aber der Gegensatz, der sich nun herausbildete und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt an Wucht gewann, besaß eine neue Qualität. Gewiss, die Sozialdemokratie war historisch nie die Partei der Arbeiter schlechthin gewesen, erst recht nicht Partei *aller* Arbeitnehmer. Schon in der Entstehungszeit der industriellen Gesellschaft erzielte die neue Partei der »modernen Arbeiterbewegung«, wie die Sozialdemokraten ihre politische Formation gern benannten, bei den modernen Arbeitern selbst nur geringe Resonanz. Die zukunftsorientierte sozialdemokratische Arbeiterpartei fußte auf vorindustriellen Mentalitäten, auf den alten Schichten von Handwerkern und Zünftern, die im Unterschied zu den Fabrik- und Eisenbahnarbeitern über lang überlieferte Organisationsformen, Bräuche, Symbole, Solidaritäten, Kommunikationsstrukturen, mithin: über Parteibildungskompetenzen verfügten. Das war die Genesis der Sozialdemokratie. Und so blieb sie – eine Partei der Arbeiterelite mit Qualifikationen, Ehrgeiz, Disziplin, Beharrlichkeit, Aufstiegsenergien. Für ungelernte Arbeiterschichten war die SPD sehr viel weniger attraktiv. Landarbeiter, Chemiarbeiter, Textilarbeiterinnen, auch die Beschäftigten im Bergbau standen bis in die dreißiger Jahre der SPD überwiegend fern. In der Weimarer Republik ließen sich gar zwei deutlich abgegrenzte Arbeiter- oder Unterschichtenmilieus identifizieren, die durch Alter, Berufsqualifikation, Integration bzw. Nichtintegration ins Erwerbsleben sozial scharf differierten und politisch dann feindliche Repräsentanzen – Kommunisten hier, Sozialdemokraten dort – suchten und fanden. Und doch empfand man auch diese Unterschiede, erlebte die oft keineswegs zimperlich geführten Konflikte als »Bruderzwist«. Noch überwog die Gemeinsamkeit der »Proletarität«.

Diese Erfahrung kollektiv ertragener Proletarität schwand im Laufe des Wirtschaftswunders. Zunächst aber homogenisierte und verbreiterte die Entproletarisierung die sozialdemokratische Massen- und Wählerbasis. In den sechziger Jahren schienen die früheren Probleme von Marginalisierung, Armut und Elend weitgehend gelöst zu sein. Auch kinderreiche Familien und alte Menschen, die zuvor am stärksten der Gefahr existentieller Unsicherheit ausgesetzt gewesen waren, verzeichneten durch die zielstrebige Sozial- und Gesellschaftspolitik Konrad Adenauers erhebliche materielle Positionsgewinne. Soziale Sicherheiten traten infolgedessen an die Stelle früherer chronischer Fragilitäten der Lebensführung. Zudem schliffen sich vormals scharf ausgeprägte Interessenorientierungen und Einstellungsmuster zwischen den verschiedenen Schichten der Arbeitnehmerschaft ab. Arbeiter und Angestellte wurden nicht eins, aber sie näherten sich im Laufe der sechziger Jahre einander stärker an als in den zurückliegenden einhundert Jahren der industriellen Gesellschaft. Von dieser verallgemeinernden »Arbeitnehmerisierung« der bundesdeutschen Gesellschaft am Ende der ersten christdemokratischen Regierungsära profitierten nun die Sozialdemokraten, die sich als gleichsam kongeniale Partei der neuen bundesdeutschen Arbeitnehmergeinschaft präsentieren konnten – und exakt dies auch taten. Ihren Kulminationspunkt erreichte die sozialdemokratische Arbeitnehmerisierung in den Jahren 1966 bis 1973. Dann kehrte sich die Entwicklung abermals um, wieder einmal zu Lasten der Sozialdemokratie.

Man mag es zuspitzen: Nun begann das Ende der Sozialdemokratie, wie man sie zwischen 1870 und 1970 ein Jahrhundert lang gekannt hatte. Später sprach man in der akademischen Soziologie vom »Fahrstuhleffekt«.¹ Ein Teil der sozialdemokratischen Arbeitnehmerschaft, sollte das heißen, fuhr eine Etage höher. Indes: Der Fahrstuhl ging auch nach unten. Diejenigen, die in den sechziger Jahren gesellschaftlich im Parterre angekommen waren, landeten nun – in den Jahren 1973 ff. –, wieder und aus-

¹ Vgl. Beck, Ulrich 1986, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 121 ff.

sichtsloser denn jemals zuvor im 20. Jahrhundert, im sozialen Souterrain. Die einen also stiegen auf, die andern sanken ab. Die nie ganz kohärent vereinheitlichte sozialdemokratische Arbeitnehmerorientierung zerbrach nun gründlich, auch wenn es noch eine beträchtliche Zeit dauerte, bis beide Gruppen – die Emporkömmlinge hier, die Zurückgebliebenen dort – die Folgen des Integrations- und Spreizungsprozesses ohne jede Selbsttäuschung wahrnahmen.

Fortan war es vorbei mit dem, was man lange als sozialdemokratisches Milieu oder sozialdemokratische Solidargemeinschaft bezeichnet hatte. Weder das Milieu noch die Solidargemeinschaft waren einfach voraussetzungslos entstanden, waren keineswegs unmittelbare Reflexe sozialer Entwicklungen. Aus Arbeiterquartieren mussten nicht zwingend sozialdemokratisch eingefärbte Milieus werden. Solidargemeinschaften wurden stets gemacht, waren Ergebnis von Organisationsleistungen, Produkt des politischen Willens und Ehrgeizes besonders ambitionierter Führungsfiguren in den Wohnvierteln. Diese sozialdemokratischen Eliten rekrutierten sich aus den Zugehörigen der berufsstolzen, auf das weitere Fortkommen bedachten, aber gesellschaftlich lange blockierten Facharbeiterschicht. Sie waren es, die die politische Partei gründeten, Gewerkschaften bildeten, Genossenschaften aufbauten, kulturelle Organisationen konstituierten. Sie zimmernten die Infrastruktur einer eigenständigen Sub- und Gegenkultur, welche die Wohnquartiere einer eher ärmeren und benachteiligten Bevölkerungsgruppe in autonome Milieus mit eigenen, selbstbewussten Ansprüchen transformierte. Diese Facharbeiterelite hatte den Marxismus rezipiert, der Sinn vorgab und Orientierung stiftete, in gewiss verdünnter Form auch für die restlichen, oft weniger qualifizierten und begabten Quartierszugehörigen. Die Anführer der industriellen Arbeiterschaft sorgten bis in die sechziger Jahre dafür, dass sich Arbeiter nicht als Teil einer abgehängten Unterschicht fühlten, sondern als »Klasse für sich«, gar als Kern einer Avantgarde. Sie trugen Sorge dafür, dass das Individuum im Kollektiv Aufgaben und Funktionen zugewiesen bekam, durch die jeder Einzelne Bedeutung erlangte. Und sie spann-